

DIE LINKE.

Wahlzeitung zur Bundestagswahl am 24. September 2017 • Ausgabe Thüringen • www.die-linke.de

Frieden

**Abrüsten!
Waffenexporte
stoppen**

DIE LINKE will Militärausgaben senken und in Schulen und Kitas investieren. **Seite 4**

Mehr im Geldbeutel

Niedrigere Steuern auf kleine und mittlere Einkommen, mehr Geld für Kinder. **Seite 2**

Starke Gemeinden

Zukunftsfähige Strukturen stärken den ländlichen Raum. **Seite 5**

Mindestlohn auf 12 Euro anheben

Damit niemand trotz Arbeit arm sein muss. **Seite 9**

Rente rauf und mindestens 1.050 Euro

Die gesetzliche Rente muss gestärkt werden, um Altersarmut zu verhindern. **Seite 9**

Kindergeld auf 328 Euro erhöhen

Damit Kinderarmut abnimmt und nicht wächst. **Seite 10**



Für ein soziales Europa

Gregor Gysi kämpft gegen Finanzminister Schäubles Kürzungspolitik. **Seite 4**

Politik darf nicht käuflich sein

Unternehmensspenden an Parteien müssen verboten werden. **Seite 11**

Superreiche zur Kasse

Nur DIE LINKE hat den Mut, eine Millionärssteuer einzuführen. **Seite 12**

Gute Gewinne sind möglich

LINKES Rätsel mit Preisen für eine bessere Welt **Seite 11**

Interview
Seite 3

Das Spitzenduo der LINKEN zur Bundestagswahl: Sahra Wagenknecht und Dietmar Bartsch

Gerechtigkeit ist wählbar!

Je stärker DIE LINKE, desto sozialer das Land

Am 24. September ist Bundestagswahl. Sie wird entscheidend für das Land. Wie es hierzulande weitergeht, hängt davon ab, wie stark DIE LINKE wird. Es hängt von Ihrer Stimme ab!

Soziale Gerechtigkeit, soziale Sicherheit, Abrüstung und Frieden. Dafür treten wir an. Wir akzeptieren nicht, dass Kinder in Armut aufwachsen und gleichzeitig die Zahl der Millionäre und Milliardäre steigt. Wir finden uns nicht damit ab, dass fast überall Geld fehlt – in Schulen, Krankenhäusern, beim Wohnungsbau –, die Ausgaben für Rüstung und Krieg jedoch verdoppelt werden sollen.

Viele Menschen fragen sich, ob ihre Rente zum Leben reichen wird. Ob die Arbeit, die Wohnung, die Zukunft sicher sind. Wir wollen gute und sichere Arbeit mit höheren Löhnen statt prekärer Jobs. Das macht das

Leben planbar. Wir wollen, dass die Rente für ein Leben in Würde reicht – für alle. Wir besteuern Millionäre und Milliardäre stärker fürs Gemeinwesen. Dann ist das Geld da: für gute Schulen, bezahlbare Wohnungen, mehr Personal in Krankenhaus

und Pflege. Und wir schaffen ein festes Netz von sozialer Sicherheit: Wer Kinder erzieht, wer erwerbslos ist, wer Pflege braucht oder krank wird, darf nicht von Armut bedroht sein. Wir wollen Deutschland zum Abrüstungsweltmeister machen und die

Milliarden, die Kanzlerin Merkel in Aufrüstung stecken will, für soziale Gerechtigkeit und für Investitionen einsetzen, die allen zugutekommen.

Wir wollen das Land verändern. Wir wollen es sozialer und gerechter machen! Unsere Pläne sind konkret und bezahlbar. Wir machen Druck, wir bringen Bewegung und Spannung in die Politik. Wir sagen: Die Dinge müssen und dürfen nicht bleiben, wie sie sind. Alle anderen Parteien sind bereit, die Politik der letzten Jahre fortzusetzen. Alle anderen stehen Angela Merkel als Koalitionspartner zur Verfügung. Wir nicht! Wir wollen eine soziale und demokratische Wende im Land. Gegen ein Weiter so in der Politik. Dafür braucht es eine starke LINKE. Lassen Sie uns gemeinsam etwas bewegen und wählen Sie am 24. September DIE LINKE!



LINKER Protest gegen unsichere Jobs

Ein Gewinn für die Menschen



Der beliebteste Ministerpräsident im Osten: Bodo Ramelow

DIE LINKE hat in Thüringen unter Bodo Ramelow im Jahr 2015 ein Beschäftigungsprogramm für Langzeitarbeitslose auf den Weg gebracht. Damit werden Menschen unterstützt, die in der Vergangenheit oft Leidtragende einer schwierigen Arbeitsmarktlage geworden sind, weil sie gesundheitlich eingeschränkt oder aus Sicht der Arbeitgeber zu alt seien. Einigen Hundert Menschen wurde somit zu einer sinnvollen Arbeit und damit zu einem Einkommen jenseits des Existenzminimums verholfen. Was

hat das mit der Bundestagswahl zu tun? Sehr viel sogar. Die Landesregierung hat der Bundesregierung vorgeschlagen, Arbeitsplätze statt Arbeitslosigkeit zu finanzieren. Ein Nullsummenspiel für den Bund, ein Gewinn für die Menschen. Thüringen hätte mehr Menschen aus der Armutsspirale heraushelfen können, der Staat hätte keinen einzigen Euro mehr ausgegeben. Allein die Bundesregierung lehnte ab. Auch der neu gewählte Bundestag wird darüber entscheiden, ob öffentliche Gelder im Sinne der Menschen

ausgegeben werden oder nicht. Er wird auch darüber entscheiden, wer sich in welcher Höhe an der Finanzierung der Gesellschaft beteiligt. Eine gerechte Steuerpolitik mit einer Reichensteuer ist dabei eine Grundvoraussetzung für eine solidarische Gesellschaft. Deshalb ist es nicht egal, wie die Mehrheitsverhältnisse im nächsten Bundestag aussehen werden. So wie es nicht egal ist, wer in Thüringen regiert. Eine starke LINKE ist in jedem Fall ein Gewinn für die Menschen. **Mehr zu Thüringen ab Seite 5**



Katja Kipping und Bernd Riexinger

Liebe Wählerinnen und Wähler,

DIE LINKE ist die erste Adresse für soziale Gerechtigkeit – und zwar für alle. Wir laden Sie dazu ein, sich unser Programm in Ruhe anzuschauen und sich selbst eine Meinung zu bilden. Wir wollen mehr Geld für Bildung und Kitaausbau, für gute Gesundheitsversorgung und menschenwürdige Pflege, für bezahlbares Wohnen und Klimaschutz. Für uns steht die Forderung der Krankenpflegerin nach mehr Personal und höherem Lohn ebenso im Mittelpunkt wie der Schutz von Kindern und Rentnerinnen und Rentnern vor Armut. Das Recht auf Asyl ist für uns so unumstößlich wie das Recht auf gute Bildung und einen Ausbildungsplatz für unsere Kinder. Frauen müssen für gleichwertige Arbeit endlich den gleichen Lohn bekommen. Junge Menschen wollen Zukunftsperspektiven statt Dauerstress und Konkurrenzdruck: Wir treten für sichere und selbstbestimmtere Arbeit ein – für alle. Es ist gerecht für alle, wenn die Reichen endlich ihren Beitrag leisten. Eine Vermögensteuer für Superreiche wieder einzuführen – das traut sich (leider) nur DIE LINKE. Sozial gerecht für alle – das heißt auch: höhere Löhne und weniger Steuern für die Mehrheit. Wir kämpfen für gleiche Rechte für alle, die hier leben, und für die, die zu uns kommen. Denn: Sozial gerecht für alle gilt für uns ohne Ausnahme. Alle Menschen in unserem Land sollen sich dort, wo sie leben, auch wirklich sicher fühlen. Je stärker DIE LINKE, desto sozialer und gerechter das Land.

Katja Kipping und Bernd Riexinger sind Vorsitzende der Partei DIE LINKE

Die Zukunft, für die wir kämpfen

So würden Sie vom Programm der LINKEN profitieren

Familien soll die Bildung und Betreuung der Kinder nichts kosten. Das Elterngeld muss verbessert werden. Wir wollen gebührenfreie Kitas mit mehr Personal und kostenfreiem Essen für alle Mädchen und Jungen. In Bus und Bahn müssen Kinder freie Fahrt haben. Mütter und Väter sollen die Möglichkeit haben, Beruf, Familie und Freizeit besser unter einen Hut zu bekommen – mit flexiblen Arbeitszeiten von um die 30 Stunden pro Woche. Zudem soll das Kindergeld auf 328 Euro steigen. Langfristig setzt sich DIE LINKE für eine Kindergrundsicherung für alle Kinder von 573 Euro ein.

Alleinerziehende tragen eine immense Belastung. Für sie ist der Ausbau öffentlicher Angebote, etwa zur Ganztagsbetreuung, besonders wichtig. Viele werden in unfreiwillige Teilzeit, Mini- und Midijobs und damit in Altersarmut abgedrängt. DIE LINKE fordert soziale Absicherung: Ab dem ersten Euro muss eine volle Pflicht zur Sozialversicherung gelten.

Erwerbstätige sollen zu guten Bedingungen arbeiten. Die Gewerkschaften sollen stärker werden, damit mehr Menschen einen tarifvertraglich abgesicherten Arbeitsvertrag bekommen und die Löhne steigen. Der Mindestlohn soll auf 12 Euro steigen. Wer arbeitet, soll nicht auf Aufstockerleistungen vom Jobcenter angewiesen sein. Mit dem Steuerkonzept der LINKEN wird entlastet, wer weniger als 7.100 Euro brutto im Monat verdient.

Erwerbslose brauchen Unterstützung statt Gängelung, zum Beispiel einen Rechtsan-

spruch auf Weiterqualifizierung. Arbeitslosengeld I muss länger gezahlt werden. DIE LINKE will Hartz IV abschaffen und durch eine armutsfeste Mindestsicherung von 1.050 Euro ersetzen – ohne Sanktionen. DIE LINKE will 300 000 sozialversicherungspflichtige und tariflich abgesicherte Arbeitsplätze im Bereich öffentlich geförderter Beschäftigung für Langzeiterwerbslose und Geflüchtete schaffen. Ein Sozialticket für den öffentlichen Nahverkehr und die soziale BahnCard sollen zudem sicherstellen, dass auch Menschen ohne viel Geld mobil sind.

Mieterinnen und Mieter sollen mehr Rechte haben. Die Kündigung wegen Eigenbedarfs soll schwerer gemacht werden. DIE LINKE will Spekulation mit Wohn-

raum beenden, bestehende Mieten einfrieren und Immobilienfonds die Zulassung entziehen. Die Mietsteigerungen werden endlich wirksam gestoppt, Mieten in Stadtteilen mit besonders hohen Wohnkosten werden eingefroren oder auf 8,50 Euro gesenkt. Jährlich sollen 250 000 neue Sozialwohnungen hinzukommen und dauerhaft bleiben. Die Sozialbindung soll künftig ohne Befristung wirksam sein.

Rentnerinnen und Rentner hätten mit dem Konzept der LINKEN im Schnitt 130 Euro mehr im Monat. DIE LINKE ist die einzige unter den großen Parteien, die das Rentenniveau wieder auf 53 Prozent anheben will. Jede und jeder soll mit 65 abschlagsfrei in den Ruhe-

stand gehen können. Niedrige Einkommen sollen bei der Rentenberechnung aufgewertet werden. Für alle, die wenig haben, soll eine solidarische Mindestrente von 1.050 Euro den Lebensstandard im Alter sichern. Die Rentenangleichung Ost-West soll sofort und ohne Ausnahmen vollzogen werden. Riester-Verträge müssen in die gesetzliche Rente überführt werden.

Pflegekräfte sollen entlastet und endlich gerecht entlohnt werden. DIE LINKE will mehr Personal und bessere Löhne in der Pflege und in den Kliniken. Insgesamt 160 000 neue Stellen sollen in Krankenhäusern geschaffen werden. Gesetzliche Vorgaben für die Personalausstattung müssen eingeführt werden. Davon haben auch **Patientinnen und Patienten** etwas. DIE LINKE fordert eine solidarische Gesundheitsversicherung, in die alle einzahlen. So ist genug Geld da für zusätzliches Personal und eine gute Ausstattung der Krankenhäuser. Alle werden gleich gut behandelt. Medikamente, Brillen und Zahnersatz sollen zuzahlungsfrei sein.

Studierende sollen ohne finanzielle Sorgen lernen können. DIE LINKE lehnt Studiengebühren ab. Ein elternunabhängiges, rückzahlungsfreies BAföG in Höhe von 1.050 Euro netto für alle soll das bisherige System ersetzen. Der Bund soll Hochschulen finanzieren dürfen, damit die Studienbedingungen besser werden.

Michael Breyer



Das komplette Wahlprogramm im Internet: www.die-linke.de/wahlen/wahlprogramm

Den Alltag besser machen. Heute und morgen

Mehr Personal in Bildung und Gesundheit, neue Sozialwohnungen, besserer Nahverkehr

An vielen Ecken knirscht es im Alltag: Kinderbetreuung ist knapp, Schulen sind marode, bezahlbare Wohnungen sind rar. Büchereien, Schwimmbäder, Theater schließen. Öffentliche Angebote werden an private Unternehmen gegeben, die Profit machen. Das bedeutet: hohe Gebühren und Eintrittspreise. Wer sich die nicht leisten kann, bleibt außen vor. **DIE LINKE wird nachholen, was die Regierungen in den vergangenen Jahren versäumt haben:** Ein Programm für die Zukunft, das öffentlich – von

Bund, Ländern und Kommunen – getragen und ausreichend finanziert ist. In die Zukunft investieren bedeutet: mehr Kitaplätze und mehr Erzieherinnen und Erzieher – mit besserer Bezahlung. Schulen werden renoviert, die Klassen werden kleiner und die Betreuungszeiten länger – durch mehr pädagogisches Personal. In der Altenpflege entstehen mehr Arbeitsplätze und bessere Heime. Jedes Jahr werden mindestens 250 000 zusätzliche Sozialwohnungen geschaffen. In die Zukunft investieren bedeu-

tet: mehr Busse und Bahnen im öffentlichen Personennahverkehr – barrierefrei, sichere Straßen und mehr Radwege. Gemeinden und Kommunen bekommen mehr Mittel und mehr Personal, sodass sie wieder bürgernah funktionieren. Schwimmbäder, Kultur- und Sporteinrichtungen werden besser finanziert. Überall wird schnelles Internet verfügbar sein. DIE LINKE investiert in saubere Energie und macht die Privatisierung von Strom- und Wasserversorgung rückgängig. Im Alltag wird zu spüren sein:

Das Leben funktioniert einfacher. **Das Programm der LINKEN ist durchgerechnet und finanzierbar.** 120 Milliarden Euro kostet es, die Bundesrepublik zu einem modernen Staat mit guten Angeboten umzubauen – für alle Menschen, die hier leben. 60 Milliarden Euro werden durch gerechte Steuern von Superreichen und Konzernen finanziert. Weil das Programm Hunderttausende Arbeitsplätze schafft und die Wirtschaft stärkt, fließen 60 Milliarden Euro durch höhere Einnahmen an den Staat zurück.

DIE LINKE will
 ■ 120 Milliarden in öffentliche Infrastruktur stecken
 ■ Arbeitsplätze vor allem in Bildung, Gesundheit, Pflege und Bauwirtschaft schaffen
 ■ mehr bezahlbaren Wohnraum und damit die Mieten für alle senken
 ■ Wirtschaft und Energieversorgung ökologisch und sozial verträglich umbauen.

»Wir legen uns mit den Mächtigen an«

Wie DIE LINKE den Sozialstaat wiederherstellen will und wie eine friedliche Außenpolitik das Land sicherer macht, darüber sprechen Sahra Wagenknecht und Dietmar Bartsch, das Spitzenduo der Partei DIE LINKE zur Bundestagswahl

Für wen lohnt es sich, am 24. September DIE LINKE zu wählen?

Sahra Wagenknecht: Es lohnt sich für alle – außer vielleicht für das eine Prozent Superreiche. Wenn sich unsere Forderungen durchsetzen, würde es der großen Mehrheit der Bevölkerung deutlich besser gehen als heute.

Aber es heißt doch immer, den Deutschen gehe es unter Angela Merkel so gut wie nie zuvor?

Wagenknecht: In unserem Land sind 2,7 Millionen Rentnerinnen und Rentner von Armut bedroht, jeder fünfte Beschäftigte arbeitet im Niedriglohnsektor und 6,5 Millionen Menschen sind im Hartz-IV-System gefangen. Noch nie in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland war die Angst vor sozialem Abstieg so weit verbreitet wie heute.

Dietmar Bartsch: Wenn zwei Millionen Kinder von Armut bedroht sind, wenn alte Menschen im Müll nach Flaschen suchen müssen und Arbeit nicht mehr vor Armut schützt, zugleich aber der private Reichtum einiger weniger rasant wächst, dann stimmt etwas Grundlegendes in unserer Gesellschaft nicht. Es ist Zeit für einen Politikwechsel.

Worin besteht dieser?

Bartsch: Der Sozialstaat muss wiederhergestellt werden und die Balance in der Gesellschaft muss wieder stimmen.

Wie kann das gelingen?

Wagenknecht: Indem man sich mit den Mächtigen und Reichen anlegt, statt sich von ihnen kaufen zu lassen. Ohne eine gerechte Besteuerung der Konzerne und riesiger Vermögen ist eine Wiederherstellung des Sozialstaats unmöglich. Deswegen will DIE LINKE eine Vermögenssteuer



Kämpfen für einen Politikwechsel in Deutschland: Sahra Wagenknecht und Dietmar Bartsch vor dem Reichstag in Berlin.

für Multimillionäre. Und den Steuersparmodellen der Konzerne muss endlich ein Riegel vorgeschoben werden. Da liegt das Geld, das wir brauchen, um Armut zu verhindern und es in gute Bildung, Gesundheit, Pflege und in den Wohnungsbau zu investieren. Leider hat nur DIE LINKE diesen Mut. Die SPD hat in ihrem Wahlprogramm auf eine Vermögenssteuer verzichtet. Kein Wunder, sie will ja auch lieber mit der FDP regieren.

Bartsch: Zudem müssen die Sozialversicherungssysteme, die den Kern des Sozialstaats ausmachen, wieder gestärkt werden. Es kann nicht sein, dass sich Unternehmen und Vermögende wegdrücken dürfen, wenn es um deren Finanzierung geht. Deswegen will DIE LINKE die gesetzliche Rente stärken, indem alle einzahlen, auch Selbstständige, Freiberufler, Beamte und Abgeordnete. Österreich macht es vor: Rentner erhalten dort im Durchschnitt 800 Euro mehr im Monat.

Auch bei der Krankenversicherung gibt es eine Schiefelage, seitdem die Arbeitgeber aus der Verantwortung entlassen wurden...

Bartsch: ... darum setzt sich DIE LINKE für eine Solidarische Gesundheitsversicherung ein, bei der unter anderem Arbeitgeber wieder den gleichen Beitrag wie die Arbeitnehmer zahlen. Das ist sozial gerecht und führt dazu, dass der Beitragssatz von derzeit durchschnittlich 15,7 Prozent auf unter 12 Prozent

sinkt. Zusatzbeiträge und Zuzahlungen entfallen dann.

Seit Jahren ist in Deutschland vom Jobwunder die Rede, die Wirtschaft boomt. Ist das nicht eine Erfolgsmeldung?

Wagenknecht: Nur wer sich der Realität verweigert, kann die massive Zunahme schlecht bezahlter, unsicherer Jobs als »Jobwunder« verkaufen. Vierzig Prozent der Bevölkerung haben heute real weniger Einkommen als noch Ende der 1990er Jahre. Viele können sich nicht einmal mehr einen einwöchigen Urlaub leisten.

Bartsch: Das muss sich ändern. Es ist ein Unding, dass ausge-rechnet diejenigen, die die Gesellschaft am

»Nur mit einer starken LINKEN gibt es kein Weiter.«
Sahra Wagenknecht

Laufen halten, oft in Minijobs und zu Niedriglöhnen schuften. Der gesetzliche Mindestlohn muss zügig auf 12 Euro pro Stunde erhöht werden.

Warum hat DIE LINKE im Bundestag gegen alle Auslandseinsätze der Bundeswehr gestimmt?

Wagenknecht: Eine Beteiligung an den Rohstoffkriegen der USA, die ganze Länder zerstören und Hunderttausende Menschen das Leben gekostet haben, ist unverantwortlich. Das Gleiche gilt für die illegalen Drohnenmorde. All das stärkt letztlich nur die

islamistischen Terroristen und hat inzwischen auch Deutschland zur Zielscheibe des Terrors gemacht.

Bartsch: Waffen schaffen keinen Frieden, Terror lässt sich nicht mit Krieg bekämpfen.

Deutschland muss zu einer friedlichen Außenpolitik zurückkehren, die Waffenexporte und militärische Abenteuer beendet. Deutschland sollte Abrüstungsweltmeister werden.

Wie will DIE LINKE ihre Forderungen umsetzen?

Bartsch: Durch das Schaffen von Mehrheiten. Je mehr Menschen uns unterstützen, desto größer wird der Druck für die anderen Parteien, auf unsere Forderungen einzugehen. Manchmal sind das kleine Schritte, manchmal auch große, wie etwa die Einführung des Mindestlohns. **Wagenknecht:** CDU/CSU, FDP, SPD und Grüne unterscheiden sich politisch kaum noch. Sie haben in den zurückliegenden 20 Jahren gemeinsam die Renten gekürzt, einen großen Niedriglohnsektor und das demütigende Hartz-IV-Regime geschaffen sowie Steuergeschenke an die Reichen verteilt. Das war Politik für die oberen Zehntausend, nicht für die Mehrheit der Bevölkerung. Nur mit einer starken Linken gibt es kein Weiter.

Worauf können sich Wählerinnen und Wähler verlassen, wenn sie für DIE LINKE stimmen?

Wagenknecht: DIE LINKE ist nicht käuflich. Wir sind die einzige Partei, die noch nie einen Euro Spenden von der Deutschen Bank oder einem Rüstungskonzern bekommen hat. Und ich verspreche, das wird auch so bleiben. Denn wir machen Politik für Beschäftigte, Arbeitslose, Rentner, kleine Selbstständige und den Mittelstand, aber nicht für Konzernherren und Rüstungslobbyisten.

Bartsch: Wir werden immer an der Seite derjenigen stehen, die weniger Chancen haben und ausgegrenzt werden. Wir stehen auch nach der Wahl zu dem, was wir in unserem Wahlprogramm und im Wahlkampf fordern.



Dietmar Bartsch, geboren im Jahr 1958 in Stralsund. Er studierte und promovierte in Wirtschaftswissenschaften. In den Jahren 1998 bis 2002 sowie seit dem Jahr 2005 gehört er dem Deutschen Bundestag an. Im November 2015 übernahm Dietmar Bartsch gemeinsam mit Sahra Wagenknecht den Vorsitz der Fraktion DIE LINKE. im Bundestag. Dietmar Bartsch hat zwei erwachsene Kinder und spielt in seiner Freizeit Volleyball und Skat.



Sahra Wagenknecht, geboren im Jahr 1969 in Jena. Sie studierte Philosophie und Neuere Deutsche Literatur und promovierte in Wirtschaftswissenschaften. In den Jahren 2004 bis 2009 war sie Mitglied des Europaparlaments und ist seit dem Jahr 2009 Abgeordnete im Deutschen Bundestag. Seit November 2015 teilt sie sich den Vorsitz der Fraktion mit Dietmar Bartsch. Sahra Wagenknecht ist verheiratet, lebt in Merzig im Saarland und liebt Bergtouren mit dem Fahrrad.

Mehr BAföG für Studierende

Die BAföG-Sätze für Studentinnen und Studenten reichen nicht zum Leben aus. Das ist das Ergebnis einer Studie des Deutschen Studentenwerks. Vor allem die in den Universitätsstädten enorm gestiegenen Mietpreise sprengen die Höchstförderung in Höhe von 735 Euro. Viele Studierende müssen nebenher arbeiten. Dadurch haben sie weniger Zeit fürs Studium. Das betrifft vor allem Studierende aus einkommensschwachen Familien. DIE LINKE fordert ein elternunabhängiges, rückzahlungsfreies BAföG in Höhe von 1.050 Euro.



Jedes Kind soll schwimmen können

Weil Kommunen massiv verschuldet sind, wurden seit dem Jahr 1990 mehr als 1600 Schwimmbäder geschlossen. Allein 100 im letzten Jahr. Zudem wurden viele Schwimmbäder privatisiert und in Spaßbäder umgewandelt. Schulen und Sportvereine fällt es deshalb immer schwerer, Zugang für den Schwimmunterricht zu erhalten. Für viele Familien ist der Eintrittspreis zu hoch. Die Folge: 60 Prozent der Zehnjährigen in Deutschland können nicht schwimmen. DIE LINKE sagt: Schwimmbäder gehören zur öffentlichen Daseinsvorsorge. Jedes Kind muss ein öffentliches Schwimmbad besuchen können.

»Die Welt ist im Großen wie im Kleinen veränderbar«

Gregor Gysi hat Großes vor im Bundestag und in Europa

Gregor Gysi ist rastlos unterwegs. Gestern eine Podiumsdiskussion beim Kirchentag in Magdeburg zur Frage, wie wir Frieden in unfriedlichen Zeiten gewinnen können. Heute Moderator im Deutschen Theater mit dem Bariton Thomas Quasthoff und dann in der Berliner Distel, wo er mit Oliver Welke, dem Präsentator der »heute-show« des ZDF, plauscht. Morgen schon versucht er in Hamburg der mittelständischen Wirtschaft nahezubringen, dass ein Neustart für Europa mit sozialen Standards, mehr Demokratie und friedlicher Außenpolitik auch ihr nützte. Und immer wieder Termine im Wahlkreis, Bürgersprechstunde, Gespräch im Seglerverein, mit Wissenschaftlern, Theaterleuten und, und, und.

Wer geglaubt hat, dass sich der Bundestagsfraktion so langsam aufs Altenteil zurückzöge, als er den Vorsitz abgab, hat die Rechnung ohne die Leute und ohne den Mann gemacht. Er gilt für die Ostdeutschen auch heute noch als ihre Stimme und war über 25 Jahre lang das prägende Gesicht der LINKEN in Deutschland. »Ich hatte ja auch gedacht, es wird weniger, und inzwischen habe ich sogar gelernt, gelegentlich Nein zu sagen. Aber wenn sich die Zahl der Anfragen verdoppelt, kommt eben doch viel zusammen«, bemerkt er schmunzelnd.

Mitunter wirkt er wie ein Getriebener. Immer wieder wird er gefragt, wie er das durchhält mit seinen 69 Jahren. »Ich bin fit«, sagt Gysi, und man sieht ihm die Freude an den täglich neuen Herausforderungen an. Ein Stück weit will er sicher auch die Hoffnun-



Seit Dezember 2016 ist Gregor Gysi Präsident der Europäischen Linken.

Ulwe Steinhert

gen nicht enttäuschen, die viele nach wie vor in ihn setzen. »Ich bin nicht der Mensch, der sich zur Ruhe setzt und dann Angeln geht, obwohl meine diesbezüglichen Lehrstunden bei Jan Korte durchaus entspannend waren«, sagt er mit Blick auf den LINKEN-Bundestagsabgeordneten aus Sachsen-Anhalt, der ein leidenschaftlicher Angler ist.

Deshalb ist Gysi seit Dezember 2016 Präsident der Europäischen Linken und will auch seinen Bundestagswahlkreis verteidigen. Die Europäische Linke ist ein Zusammenschluss von 25 Parteien. Es ist auch diese Verbindung zwischen Weltpolitik und Alltag, die ihn antreibt: wenn er den Präsidenten der Europäischen Kommission oder des Europäischen Gerichtshofs trifft und dann die Sorgen mit dem Jobcenter hört, die ihm eine Frau bei seiner Sprechstunde im Bürgerbüro in Schöneweide vorträgt. »Die Welt ist im Großen wie im Kleinen veränderbar, und DIE LINKE muss sich ihrer gesamten Verantwortung dafür

stellen«, erklärt Gysi seine Motivation für den Spagat zwischen Europa und Treptow-Köpenick.

Die aktuellen Entwicklungen stimmen ihn sorgenvoll: Eine Militarisierung der EU und das Erstarren nationalistischer, faschistischer Kräfte rufen den brillanten Rhetoriker auf den Plan. So nimmt Gysi auf seinem Facebook-Account in einem kurzen Video die Unlogik der Kanzlerin auseinander, Bundeswehrsoldaten über Syrien

Daten aufklären zu lassen, die der türkische Despot Erdoğan nutzt. Mithilfe der Daten greift Erdoğan kurdische Einheiten an, die am Boden den IS bekämpfen. Fast zwei Millionen Menschen schauen sich das Video an und stimmen Gysi zu.

»DIE LINKE ist die einzige politische Kraft, die konsequente

Friedenspolitik und verlässliche Sozialpolitik zusammenbringt«, sagt Gysi. »Ich will die Europäische Linke als Gegengewicht gegen rechts und gegen die Kürzungspolitik von Schäuble stark machen, damit die Jugend in einem Europa leben wird,

das ihnen eine weltoffene, soziale, demokratische, friedliche Perspektive bietet.« Und Europa fängt für ihn eben nicht in Brüssel an, sondern beim Gespräch mit dem TV-Entertainer Wolfgang Lippert über die Entwicklung der Kultur im Wahlkreis.

Der Mann wird einfach noch gebraucht. In Treptow-Köpenick, im Osten, für die Jungen und die Alten, in Deutschland, in Europa. Gut, dass er weitermacht und der Bundestag nicht auf ihn verzichten muss.

DIE LINKE will
 ■ die EU neu starten: mehr Demokratie, mehr soziale Sicherheit, keine Aufrüstung ■ fairen Handel statt Freihandelsabkommen wie TTIP und TISA ■ Klimaschutz und den ökologischen Umbau der Wirtschaft.



Pausenbrot statt Panzer

Wie DIE LINKE die Ausgaben für Rüstung senken und stattdessen das Geld in Schulen und Kitas investieren will

Deutschland soll bis zum Jahr 2024 zwei Prozent seines Bruttoinlandsprodukts (BIP) für das Militär ausgeben. Dazu erklärte sich die Bundesregierung 2014 auf dem NATO-Gipfel bereit. Kanzlerin Merkel hat kurz nach der Wahl von Donald Trump, der die Einhaltung dieses Ziels verlangt, mehrmals bekräftigt, die Vereinbarung erfüllen zu wollen. Zwei Prozent: Das klingt nicht viel. **Doch das BIP betrug 2016 rund 3,13 Billionen Euro. Zwei Prozent davon wären also mehr als 60 Milliarden Euro!**

Schon jetzt müssen die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler für Rüstung und Militär 37 Milliarden Euro pro Jahr berappen.

Da die Wirtschaftskraft bis 2024 noch zulegen wird, würden mehr als 70 Milliarden Euro in den Militäretat fließen, eine Verdoppelung der heutigen Ausgaben. Zum Vergleich: Allein bei der öffentlichen Infrastruktur gibt es einen Investitionsstau von über 100 Milliarden Euro. Schulen und Brücken sind marode, es gibt oft zu wenig Kitaplätze und bezahlbaren Wohnraum, Gleise werden stillgelegt, Schwimmbäder geschlossen, fast überall fehlt das Geld, aber Union und SPD wollen immer mehr in die Aufrüstung pumpen.

Würde sich die Bundesregierung von dem Zwei-Prozent-Ziel verabschieden, könnte sie innerhalb weniger Jahre den vor-

allem in den Kommunen dramatischen Investitionsstau abbauen.

DIE LINKE fordert als einzige Partei, dass die Rüstungsausgaben der Bundesrepublik nicht erhöht, sondern deutlich gesenkt werden. »Dem Zwei-Prozent-Aufrüstungsprogramm von NATO und Merkel stellen wir unser Abrüstungsziel entgegen. Wir wollen den Rüstungshaushalt, der inzwischen der zweitgrößte Etat ist, um 20 Prozent kürzen. Das Geld wollen wir konkret dafür einsetzen, Kitas auszubauen und gebührenfrei zu machen und Schulen zu modernisieren«, erklärt der Bundeswahlkampfleiter der LINKEN, Matthias Höhn.



Gute Perspektiven für alle

Dauerhafte und gut bezahlte Stellen statt Niedriglohn, fordert Anke Hofmann-Domke

Millionen Menschen in Deutschland wünschen sich bessere Löhne, sichere Arbeitsplätze, weniger Stress und Arbeitszeiten, die das Leben mit Kindern, Fami-

lie und das Pflegen von Freundschaften ermöglichen. **Sie wünschen sich ein Leben ohne Armut, auch im Alter, und die Möglichkeit, durch ihr Einkommen ihr Leben selbstbestimmt zu gestalten.** Viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sind in unsicheren Beschäftigungsverhältnissen, egal ob in Leiharbeit, befristet eingestellt oder in Jobs, in denen das Einkommen nicht bis zum Monatsende reicht. Mehr als 6 Prozent der deutschen Bevölkerung sind akut in ihren Existenzgrundlagen bedroht. Allein in Thüringen sind davon 45 000 Frauen, Männer und Kinder betroffen. Verantwortung dafür trägt auch die Arbeit der Großen Koalition aus CDU/CSU und SPD.

Statt systematischen Niedriglohns brauchen wir mehr Ideen, um Menschen in dauerhafte und gut bezahlte Arbeit zu bringen. Ein gutes Beispiel gibt es im Ilm-Kreis, der sich seit einigen Jahren erfolgreich in der Arbeitsmarktpolitik engagiert. Der Kreistag hat mit dem diesjährigen Haus-

haltsbeschluss 250.000 Euro zur Mitfinanzierung von Beschäftigungsmaßnahmen zur Verfügung gestellt. Damit können mehr als 50 sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse im sozialen, kulturellen oder sportlichen Bereich kofinanziert werden. Je 50 öffentlich geförderte Stellen über das Landesarbeitsmarktprogramm und das Bundesprogramm »Soziale Teilhabe« kommen dazu. Wir brauchen mehr Möglichkeiten, um die Integration in den Arbeitsmarkt zu fördern. Der öffentliche Beschäftigungssektor bietet dafür viele Chancen.

Der aktuelle Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung macht die soziale Spaltung im Land sehr deutlich. Der Hand-

lungsbedarf, der sich aus diesem Bericht ableiten lässt, ist riesig. Arbeit muss wieder existenzsichernd werden! Dazu bedarf es unter anderem der Erhöhung des

Arbeit muss wieder existenzsichernd werden! Dazu bedarf es unter anderem der Erhöhung des Mindestlohns auf 12 Euro die Stunde.

Anke Hofmann-Domke

Mindestlohns auf 12 Euro die Stunde, der Abschaffung der systematischen Niedriglohnbeschäftigung in Form der Leiharbeit und die Abschaffung der sachgrundlosen Befristung. Die soziale

Absicherung muss auf eine neue Grundlage gestellt werden: **Statt Hartz IV braucht es eine sanktionsfreie Mindestsicherung, die wirklich vor Armut schützt und gesellschaftliche Teilhabe ermöglicht.** Diese Bundesregierung wollte und wird Armut nicht bekämpfen, dafür braucht es den Politikwechsel und eine starke LINKE. Ein gutes Leben

ohne Angst vor Armut für alle wäre längst möglich. Der Reichtum wächst jeden Tag, aber er kommt nur wenigen zugute. Die Welt ist aus den Fugen, es liegt an uns, sie neu zu gestalten. Die Bundestagswahl kann eine Richtungsentscheidung werden: für ein sozialeres Land und ein friedliches Europa. Überlassen wir die Entscheidung, wie wir künftig leben wollen, nicht den anderen!



Anke Hofmann-Domke ist seit vielen Jahren aktive Kommunalpolitikerin im Ilm-Kreis und kandidiert im Wahlkreis 192 (Ilm-Kreis, Gotha) für den Bundestag.

Ländliche Räume – viel besser als ihr Ruf

Ralf Kalich wünscht sich Aufbruchstimmung auf dem Land

Demografischer Wandel, Abwanderung, schlechte Infrastruktur und fehlende Telekommunikationsmöglichkeiten. Das sind die Schlagworte, die fallen, wenn in Deutschland über den ländlichen Raum berichtet wird. Dieser negativen Sicht auf unsere Heimat müssen wir aktiv mit Projekten zur Lösung von strukturellen Problemen begegnen.

Die Situation im ländlichen Raum wird nach über zwei Jahrzehnten der Stagnati-

on in Thüringen gerade vom Kopf auf die Füße gestellt. Zukunftsfähige und leistungsfähige Strukturen und damit ein starker ländlicher Raum sind das Ziel der Politik der LINKEN. Als langjähriger Kommunalpolitiker, Kreis- und Gemeinderat, Bürgermeister und Landtagsabgeordneter sind mir die Probleme sehr gut bekannt. In meiner Heimatgemeinde Blankenstein ist es mir dennoch gelungen, dem Trend entgegenzuwirken. Der

ländliche Raum muss gemeinsam mit einer Stimme sprechen, um das Verhältnis von Stadt und Umland gleichberechtigt und gemeinsam zu entwickeln. Die Attraktivität einer Region hängt davon ab.

Wir brauchen eine Entwicklung, an der die Menschen in der Region beteiligt sind. Projekte müssen von den Menschen der Region getragen und von den demokratisch gewählten Vertretern in den Gremien und Parlamenten vorgetragen werden. Vor allem aber muss Gestaltung und Entwicklung von der Basis kommen. Über viele Jahre hinweg habe ich den unterschiedlichsten Menschen zugehört und ihre Wünsche und Interessen an den entsprechenden Stellen der Entscheidung hartnäckig und auch mal unbequem vorgetragen. Vehement setze ich mich in meinen Funktionen für die ländlichen Regionen in Thüringen und den Wunsch der Mitgestaltung ein. Ich wünsche mir noch viel mehr



Ralf Kalich (3. v. l.) zu Besuch bei der Feuerwehr in seinem Heimatort Blankenstein

eine Aufbruchstimmung, um Digitalisierung und Modernisierung für ländliche Gebiete nutzbar zu machen. Nicht nur für wenige, sondern für möglichst alle Bürgerinnen und Bürger. Ich stamme aus einer ländlichen Region und gemeinsam mit den Menschen, Verbänden und der örtlichen Wirtschaft haben wir vorgelebt, wie ein ländlicher Raum zu neuem, frischem, wirtschaftlichem und sozialem Leben gebracht wer-

den kann. Leben auf dem Land ist das Wunschbild vieler Menschen in den Städten und Ballungsräumen. Gemeinsam können wir viel erreichen und dafür möchte ich unsere Region in Berlin vertreten.

Ralf Kalich ist Mitglied des Thüringer Landtags und kandidiert im Wahlkreis 195 (Saalfeld-Rudolstadt, Saale-Holzland-Kreis, Saale-Orla-Kreis) für den Bundestag.



Kunstprojekt auf der Landesgartenschau 2017 in Apolda

picture-alliance/dpa



Mehr Antifaschismus

Gefahr von rechts sichtbar machen

Die Zahl extrem rechter Straftaten ist im vergangenen Jahr erneut angestiegen, durchschnittlich ereigneten sich bundesweit mehr als 60 solcher Taten pro Tag. Bei Gewalttaten mit einem rechten Hintergrund kann keine Entwarnung gegeben werden: Im Vergleich zum Vorjahr stiegen sie um rund 14 Prozent an, die Dunkelziffer ist erfahrungsgemäß deutlich höher. Zur Zielscheibe rechter Gewalt wurden auch die Büros der LINKEN: Im Jahr 2016 wurde bundesweit durchschnittlich wöchentlich ein Büro der Partei angegriffen. Unser Antifaschismus macht uns zum Ziel der Rechten. Die Antwort – und zwar nicht nur die der LINKEN – kann nur heißen: mehr Antifaschismus! Dies gilt auch für rechte Terrornetzwerke, wie zuletzt der Fall des rechts-extremen Offiziers Franco A. und sein Unterstützernetzwerk innerhalb der Bundeswehr gezeigt hat. Statt entschiedener Verfolgung kommt es oft zu Bagatellisierung und Verharmlosung wie gerade in dem vor dem Amtsgericht Weimar verhandelten Fall des Überfalls Rechtsradikaler auf eine DGB-Kundgebung am 1. Mai 2015. Eine Reaktion, die Neonazis und Rassisten in ihrem Handeln eher bestärkt. Wenn Gesellschaft und Staat die Täter offensiv verfolgen und die Opfer effektiv schützen wollen, müssen Rassismus und rechter Terror benannt und nicht als radikalisierte Einzeltäter mit wirren Ideologien verharmlost werden. Beides ist geboten im Jahr sechs nach der Selbstenttarnung des NSU. Lassen wir es nicht zu, dass der Skandal zur Normalität wird! Machen wir die Gefahr von rechts sichtbar, um ihr Einhalt gebieten zu können. Lassen wir nicht nach, mit neuen und mit erprobten Bündnispartnern, in unserem Kampf gegen alte und neue Rechte.

Martina Renner, MdB, ist Obfrau im NSA-Untersuchungsausschuss und kandidiert im Wahlkreis 193 (Erfurt, Weimar, Weimarer Land) erneut für den Bundestag.

Bürgerrechte statt Überwachungsstaat

Martina Renner über sogenannte Sicherheitsgesetze

Schon im Jahr 1983 erkannte das Bundesverfassungsgericht das Grundrecht des Einzelnen auf informationelle Selbstbestimmung an. Jede und jeder kann grundsätzlich selbst über Erhebung, Speicherung, Verwendung und Weitergabe seiner persönlichen Daten bestimmen.

Doch knapp 35 Jahre später ist dieses Recht weitestgehend ausgehebelt. Erst im April machte der Bundestag gegen die Stimmen der Opposition den Weg für eine ganze Reihe sogenannter Sicherheitsgesetze frei. Sie tragen jedoch weiter dazu bei, Freiheits- und Bürgerrechte zu opfern. In dieses

Muster passt auch der Gesetzesentwurf zur flächendeckenden Videoüberwachung: Ein Placebo, das keinen Terroristen von einem Anschlag abhalten wird. Eher dienen alle diese Maßnahmen einem Staatsverständnis, das die Grund- und Bürgerrechte aushöhlt und sich aufmacht, uns alle ausnahmslos zu überwachen.

Wie weit das geht, hat Edward Snowden enthüllt. **Die Aufgabe der LINKEN ist es, die Bürgerrechte zu sichern und damit dem Wohl der Bürger und Bürgerinnen den Vorrang zu geben** und den Überwachungsstaat in die Schranken zu weisen.



Mehr Demokratie wagen

Kersten Steinke fordert die Bürgerinnen und Bürger auf, sich mit Beschwerden an den Bundestag zu wenden

Nur einmal in vier Jahren wird bundesweit gewählt. Dann kann die Regierungspolitik fast ungestört weitreichende Entscheidungen für die Zukunft der Bevölkerung treffen. Stabile Mehrheitsmeinungen zum Beispiel gegen TTIP und CETA, gegen Militäreinsätze oder gegen Waffenexporte, für einen ausreichenden Mindestlohn oder eine Rente ohne Armut wurden bisher von der Mehrheit im Bundestag ignoriert.

Aber Demokratie erschöpft sich nicht in Wahlen. **Zu einer funktionierenden Demokratie gehört für DIE LINKE auch die Wahrung der Menschenrechte, die soziale Gleichberechtigung und die staatliche Verantwortung für die öffentliche Daseinsvorsorge.** Das betrifft nicht nur den ÖPNV oder die Straßeninfrastruktur, das Telefon- oder Datennetz, sondern reicht von einem einheitlichen Bildungssystem über ausreichende Kitaplätze bis zu einem gemeinsamen Sicherungssystem sowohl bei der Gesundheit als auch der Rente, in das alle gerecht einzahlen, damit das Zweiklassensystem abgeschafft wird.

Seit der jüngsten Krise wird immer mehr Menschen klar, dass Banken, Spekulanten und Wirt-

schaftslobbyisten bis hin zum VW-Manager zu viel Einfluss auf die Regierungspolitik nehmen. Wir wollen aber mehr Mitbestimmung auf nationaler wie auch internationaler Ebene. Daher plädiere ich auch für mehr direkte Demokratie und mehr Bürgerbeteiligungsverfahren bis hin zur Volksgesetzgebung.

Eine umfassende Demokratisierung aller Bereiche bedeutet für mich darüber hinaus eine bürgernahe Verwaltung, transparente Strukturen der Medien und Kontrolle der Arbeit von Lobbygruppen sowie die öffentliche und transparente Ausein-

setzung mit den Vorhaben und Maßnahmen der Bundesregierung, mit Rechtsextremismus und Menschenfeindlichkeit in der Gesellschaft.

In den letzten drei Wahlperioden war ich als Vorsitzende des Petitionsausschusses aktiv. Eines der wenigen verfassungs-

mäßig garantierten Rechte ist das Petitionsrecht, also das Recht, sich mit Bitten und Beschwerden an den Deutschen Bundestag zu wenden.

Und da gibt es eine lange Sorgenliste der Bürgerinnen und Bürger. Vor allem der Bereich Soziales sticht heraus: Fragen zur Kranken-,

Renten- und Arbeitslosenversicherung fallen genauso darunter wie Probleme mit dem Jobcenter. Ob Lärmbelästigung an Straßen und Gleisen, marode Gemeindestraßen, über lange Gerichtsverfahren und Bearbeitungszeiten von Behörden –

Zu einer funktionierenden Demokratie gehören für DIE LINKE auch die Wahrung der Menschenrechte, die soziale Gleichberechtigung und die staatliche Verantwortung für die öffentliche Daseinsvorsorge.

Kersten Steinke

in solchen und ähnlichen Fällen können sich die Bürgerinnen und Bürger an uns wenden.

Trotz vieler Petitionen mit teilweise Tausenden Unterschriften: noch sind viele der gefährlichen Atomkraftwerke in Betrieb. Die Rüstungsexporte haben nicht abgenommen.

Der Frieden ist nicht sicherer geworden. Die Ostrenten sind immer noch nicht gerecht, die Vermögensteuer ist nicht eingeführt, die Flüchtlingskrise nicht gelöst, der Abgasskandal vertuscht, die Pflege nicht besser geworden, und die Kinder in Schulen und Kitas sind nicht besser und ausreichend betreut.

Je mehr Bürgerinnen und Bürger vom Petitionsrecht Gebrauch machen, desto höher ist der Druck auf die Bundesregierung und das Parlament – und: umso besser können wir wirksam werden.



Kersten Steinke, MdB, ist Vorsitzende des Petitionsausschusses des Bundestages und kandidiert im Wahlkreis 189 (Eichsfeld, Nordhausen, Kyffhäuserkreis) erneut für den Bundestag.

Stimmverhalten der LINKEN bei wichtigen Abstimmungen im Bundestag

■ Ja ■ Nein
■ Enthaltung

12. Mai 2016
Höhere Regionalisierungsmittel für den Bahnverkehr
■ DIE LINKE
■ CDU / CSU
■ DIE GRÜNEN
■ SPD

3. Juli 2014
Angleichung der Renten in Ostdeutschland an Westniveau
■ DIE LINKE
■ CDU / CSU
■ DIE GRÜNEN
■ SPD

24. Juni 2016
Fracking-Neuregelung
■ DIE LINKE
■ CDU / CSU
■ DIE GRÜNEN
■ SPD

16. Oktober 2015
Wiedereinführung der Vorratsdatenspeicherung
■ DIE LINKE
■ CDU / CSU
■ DIE GRÜNEN
■ SPD

22. September 2016
CETA weiterverfolgen
■ DIE LINKE
■ CDU / CSU
■ DIE GRÜNEN
■ SPD

27. März 2015
Pkw-Maut
■ DIE LINKE
■ CDU / CSU
■ DIE GRÜNEN
■ SPD

9. März 2017
Verbesserung der Mietpreislösung
■ DIE LINKE
■ CDU / CSU
■ DIE GRÜNEN
■ SPD

17. Dezember 2015
Verlängerung des Afghanistan-Einsatzes der Bundeswehr
■ DIE LINKE
■ CDU / CSU
■ DIE GRÜNEN (31/19)
■ SPD

9. März 2017
Keine Erhöhung der Verteidigungsausgaben auf 2 Prozent des BIP
■ DIE LINKE
■ CDU / CSU
■ DIE GRÜNEN
■ SPD

Projekt »Plan B«

Ralph Lenkert für ökologischen und sozialen Umbau der Gesellschaft

Was ist Umweltpolitik? Bei Union und SPD bekommt man den Eindruck, es geht mehr um Schutz der Profitinteressen als den der Umwelt. Selbst bei den Grünen wird Umweltschutz in erster Linie als neues Geschäftsfeld verstanden. DIE LINKE will Umweltschutz für Mensch und Natur, daran arbeite ich seit dem Jahr 2009 im Umweltausschuss. Wo findet man Konzepte zu weniger Verkehr, zu haltbareren Produkten, zu einer Gesellschaft ohne Globalisierungswahn und Konzepte, die vor allem auch soziale Gerechtigkeit beinhalten? Nicht bei der Großen Koalition – da gibt es Umweltschutz, den die »Schwachen« bezahlen und an dem Firmen verdienen, wie beispielsweise im Abwasserbe-

reich. Nicht bei den Grünen, die blind der Marktlogik folgen und soziale Nebenwirkungen ausblenden. Im Projekt »Plan B« der Linksfraktion sind Wege beschrieben, wie ein ökologischer und sozialer Umbau der Gesellschaft gelingen kann. Täglich ringt die Linksfraktion darum, um in kleinen Schritten zu einer sozialökologischen Gesellschaft zu kommen.

VW und andere Konzerne mussten in den USA Milliarden Entschädigungen zahlen, doch in Deutschland sollen die Käuferinnen und Käufer der Dieselfahrzeuge mit Fahrverboten bestraft werden, weil zu viel Stickoxid und Feinstaub die Städte belastet. **DIE LINKE lehnt die blaue Plakette und damit**

Fahrverbote für 13 Millionen Diesel ab. Wir fordern, dass die verursachenden Konzerne das dafür Notwendige finanzieren: Dazu gehören die Umrüstung der Dieselfahrzeuge genauso wie Maßnahmen, die Feinstaub- und Stickoxidbelastungen verringern – wie die Elektrifizierung von Bahnstrecken, der Ausbau von Straßenbahnnetzen, neue Grünanlagen in Städten. Das ist die Alternative der LINKEN zu Fahrverboten für Pendlerinnen, Senioren und Familien, denen das Geld fehlt, um sich schnell ein anderes Auto zu kaufen. Zudem verschwindet der öffentliche Personenverkehr schleichend aus den Regionen, wird privatisiert und immer teurer. Mehr und mehr Berufspendler sind gezwungen, aufs Auto umzusteigen. Viele Eltern und Großeltern müssen die Kinder zur Schule, zum Training, zu Freunden kutschieren.

Seit der DB-Privatisierung sind die Länder für den Bahnverkehr zuständig. Statt die Steuerverschwendung der Bahn bei sinnlosen Großprojekten wie Stuttgart 21 zu beenden, wollte Schäuble den Ostländern Gelder für den Nahverkehr kürzen. Die Folgen wären noch weniger Bahnverkehr in ganz Thüringen und noch höhere Preise. Ministerpräsident Ramelow kämpfte im Bundesrat dagegen, die



Peter Lahn

Bundestagsabgeordneten der LINKEN aus Thüringen überzeugten die eigene Fraktion und gemeinsam brachten wir die Unions- und SPD-Ostabgeordneten in die Zwickmühle, Schäuble zu folgen oder Ostdeutschland zu schützen. Die Union gab nach und die Gelder für den Bahnverkehr bleiben Thüringen erhalten. LINKS WIRKT!

Ein ähnliches Dilemma haben wir bei der alternativlosen Energiewende, die aber zunehmend an Akzeptanz verliert, da sie heute oft von privaten Profitinteressen getrieben wird. Die Stromnetze in Deutschland sind circa 1,8 Millionen Kilometer lang. DIE LINKE kämpft seit Jahren für eine dezentrale Energiewende und brachte Lösungsvorschläge ein. Ausgerechnet eine Studie der Stadtwerke Nürnberg weist jetzt nach, dass das LINKE-Konzept stimmig ist. Koalition und Grüne setzen jedoch

auf Stromautobahnen, die mehr als 35 Milliarden Euro kosten und Thüringen zerschneiden. **Unabhängig von der Energiewende ist das Stromsystem gesamtdeutsch, und deshalb fordern wir einheitliche Netzentgelte in ganz Deutschland.** Das könnte die Thüringer Strompreise um 1 bis 2 Cent je Kilowattstunde senken. Derzeit zahlen der Osten, Teile Bayerns und der Norden fast das Doppelte gegenüber dem Rest des Landes. Für Ihren Geldbeutel, für die Zukunft der Kinder und Enkel und für die Natur ist DIE LINKE die erste Wahl, außer Sie sind Millionär.

Ralph Lenkert, MdB, ist Mitglied im Ausschuss für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit des Bundestags und kandidiert im Wahlkreis 191 (Jena, Sömmerda, Weimarer Land) erneut für den Bundestag.



Ralph Lenkert setzt sich für niedrige Strompreise in Thüringen ein.

DIE LINKE, Thüringen

Regional, dezentral, erneuerbar

Steffen Harzer fordert eine echte Energiewende in Deutschland



Steffen Harzer (1. v. r.), demonstriert gegen neue Stromtrassen in Thüringen.

Holger Auerwald

Den meisten Deutschen, immerhin 93 Prozent der Bevölkerung, ist der weitere Ausbau der erneuerbaren Energien wichtig bis außerordentlich wichtig, so das Ergebnis einer Umfrage vom September 2016. Einerseits lässt dies auf ein hohes Verantwortungsbewusstsein der Menschen für Natur und Umwelt schließen. Andererseits zeigt es, der Schutz der natürlichen Lebensgrundlage ist tief in der Gesellschaft verankert. Leider werden durch Entscheidungen auf Bundesebene die Grundlagen für eine erfolgreiche

Energiewende in Deutschland untergraben. Zu den Grundlagen gehört die Akzeptanz in der Bevölkerung – ohne Bürgerbeteiligung keine Akzeptanz.

Menschen muss es einfach möglich sein, elektrische Energie auf Basis von Sonne, Wind oder Biomasse zu erzeugen und sich über Kommunen, Bürgerenergiegenossenschaften und sonstige Beteiligungsmodelle aktiv daran zu beteiligen. Das führt letztendlich zur notwendigen Akzeptanz und zum Mitmachen. Nur ein Beispiel:

Selbst bei der oft umstrittenen Windenergie sagen 52 Prozent der Befragten, dass sie kein Problem mit Windkraftanlagen in ihrer Nähe haben, und die Akzeptanz steigt sogar auf 69 Prozent bei Menschen mit entsprechenden Erfahrungen. Daher muss das neue Motto der Energiewende in Deutschland nach der Bundestagswahl »Regional, dezentral, erneuerbar« heißen! Statt in immer neue Offshore-Windparks zu investieren, Kohlekraftwerke am Leben zu erhalten, Stromtrassen durch das Land zu ziehen, soll-

ten wir in Speichertechnologien investieren, Power-to-X-Lösungen fördern, die die verschiedenen Bereiche des Energieverbrauchs – Wärme, Verkehr, Stromverbrauch – miteinander verbinden, koppeln und so für einen regionalen Ausgleich bei Erzeugung und Verbrauch von erneuerbaren Energien sorgen. Die Fokussierung auf die reine Stromerzeugung verdeckt das eigentliche Problem: Denn die Stromerzeugung macht nur etwa 20 Prozent des Gesamtenergieverbrauchs aus. **Vielmehr müssen wir dringend die Wärmeenergie und den Verkehr als Endabnehmer definieren, um die angestrebten Klimaschutzziele wirklich umzusetzen und den Klimawandel zu verlangsamen.**

Neben dem bis 2021/22 vereinbarten Atomausstieg benötigt Deutschland dazu einen Kohleausstieg, der nicht nur den Zeitraum, sondern auch Infrastrukturmaßnahmen für die Regionen festlegt, die infolge des Ausstiegs von Arbeitslosigkeit bedroht sind. Als Übergangstechnologie in das Zeitalter der erneuerbaren Energien benötigen wir nicht die Stein- und Braunkohle. Gas wäre der geeignete »Rohstoff«. Ein heraus-

ragender Vorteil ist dabei, dass nur etwa halb so viel CO₂ emittiert wird wie bei kohlegesteuerten Technologien. Ein zweiter Vorteil: Das Gasnetz liegt schon in ganz Deutschland im Hoch- und Niederdruckbereich mit Speichern, mit direktem Zugang zu den Verbrauchern und nahezu unbegrenzten Aufnahmemöglichkeiten für erneuerbare Energien beispielsweise mit Power-to-Gas, Biogaseinspeisung und vielem mehr.

Diese Beispiele zeigen, welche Potenziale für die Zukunft im Bereich erneuerbare Energien und Klimaschutz liegen, die alleine heute bereits gut 150 000 Arbeitsplätze in Deutschland schaffen. Nutzen wir die Chance auf die Erneuerung unseres Landes am 24. September 2017, um eine Kehrtwende in der Energie- und Klimaschutzpolitik gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern zu gestalten, die diesen Namen auch tatsächlich verdient!

Steffen Harzer ist Mitglied des Thüringer Landtags und kandidiert im Wahlkreis 196 (Schmalkalden-Meiningen, Suhl, Hildburghausen, Sonneberg) für den Bundestag.

Bessere Systeme für Beratung und Hilfe

Interview mit Frank Tempel, dem drogenpolitischen Sprecher der Bundestagsfraktion der LINKEN

Herr Tempel, Sie sind seit fast acht Jahren im Bundestag. Häufig sind Sie mit Themen der Innenpolitik und Drogenpolitik medial in Erscheinung getreten. Sind das auch Ihre Themen zur Bundestagswahl 2017?

Ja, aber nicht an erster Stelle. Ich lebe in Ostthüringen. Themen wie Altersarmut, Defizite in der Infrastruktur und demografischer Wandel spielen hier eine besondere Rolle. Ich glaube, dass gerade bei uns ein Wechsel in der Bundespolitik wirklich notwendig ist. Wenn sich die rechtlichen Rahmenbedingungen nicht

ändern, droht hier im Jahr 2030 fast 50 Prozent der Rentnerinnen und Rentner die Altersarmut. Schuld sind niedrige Löhne, die im Osten immer noch circa 24 Prozent unter denen des Westens liegen, ein ungerechtes Renten- und Steuersystem, um nur einige der wesentlichen Ursachen zu nennen.

Das heißt, die soziale Kompetenz der LINKEN unterstreichen und die Kompetenz in der Innenpolitik wieder der CDU überlassen? Ich zweifle die Kompetenz der Union in Fragen der öffentlichen

Sicherheit doch stark an. Sie steht für Personalabbau bei Polizei und Justiz, Investitionsstau bei der Ausrüstung von Polizei und Katastrophenschutz und antwortet auf jedes Ereignis mit neuen Einschnitten in die Bürgerrechte und mit Strafschärfung. Das bringt aber nicht mehr Sicherheit. DIE LINKE will an die Ursachen von steigender Gewaltkriminalität, will die Radikalisierung von Menschen verhindern, statt immer mehr Gefährder relativ einfallslos zu beobachten. Mit Deradikalisierungsstrategien wollen wir die Zahl möglicher terroristischer Gefährder senken, statt immer mehr zu beobachten. Wer sich wie die aktuelle Bundesregierung nicht mit den Ursachen von Sicherheitsrisiken beschäftigt, Prävention und Frühintervention vernachlässigt, ist ein Risiko und muss abgewählt werden.

Passt auch die Drogenpolitik in den Bundestagswahlkampf in Thüringen? Na selbstverständlich. In vielerlei Hinsicht. Ich habe im Bundestag deutliche Verbesserungen bei der medizinischen Verwendung von Cannabis erstritten. Davon profitieren auch viele Patienten in Thüringen. Aber



Peter Leh

Der Innenpolitik-Experte Frank Tempel

es ist auch noch viel zu tun. Wir wollen langfristig die Zahl von Suchterkrankungen und Todesfällen durch legale wie illegale Drogen deutlich reduzieren. Praxis und Wissenschaft haben längst nachgewiesen, dass hier nicht das Strafrecht hilft, sondern potenzielle Konsumenten, die bisher durch Kriminalisierung ausgegrenzt werden, mit gesundheitspolitischen Maßnahmen einbezogen und durch Information und Aufklärung mitgenommen werden müssen. Die Gesundheitspolitik der Bundesregierung setzt hier immer noch auf Vorurteile statt auf vor-

handenes Wissen. Damit muss Schluss sein. Niemand verdient eine Strafanzeige, weil er sich selbst schädigt. Wir wollen die Systeme für Beratung und Hilfe verbessern und soziale Einrichtungen stärken, die statt der Polizei kompetent eingreifen, wenn gerade junge Menschen hier auffällig werden.

Frank Tempel, MdB, ist drogenpolitischer Sprecher der Bundestagsfraktion und kandidiert im Wahlkreis 194 (Altenburger Land, Gera, Greiz) erneut für den Bundestag.



Kein Personalabbau bei Feuerwehr und Polizei

Kultur ist mehr als eine Ware

Sigrid Hupach macht sich für die Gleichstellung von Frauen in Kultur und Medien stark

Besonders treibt mich um, dass auch im Kultur- und Medienbetrieb Frauen für gleiche Arbeit weniger Lohn erhalten, ganze 24 Prozent. Auch die Fördermittel sind ungleich verteilt. **Beim Film gingen im Jahr 2014 83 Prozent der Fördermittel an Männer, bei teuren Produktionen sogar 100 Prozent, obwohl 40 Prozent aller RegisseurInnen Frauen sind.** Es geht hier also nicht bloß um ein »Gefühl« des Schlechterbehandelt-Werdens, sondern um strukturelle Ausgrenzung. Dagegen habe ich immer wieder klare Forderungen erhoben: paritätische Besetzung von Gremien und Juries; verbindliche Vorgaben bei Fördermitteln; ein starkes Urheberrecht; gleiche Löhne, Mindesthonorare und neue

Arbeitszeitmodelle; keine Altersgrenzen bei Stipendien und Förderpreisen; regelmäßiges Gender-Monitoring. Auch wenn die Quote nervt: Ohne verbindliche Regelungen und ohne spürbare Sanktionen wird es keine Veränderung geben! Bildenden KünstlerInnen steht laut Urheberrecht im Unterschied zu Autoren oder Komponistinnen keine Vergütung für ihre künstlerische Leistung bei Ausstellungen zu. Sie sind in aller Regel die Einzigen, die daran nichts verdienen, obwohl es eine Ausstellung ohne sie gar nicht geben würde. Laut einer Studie des Bundesverbands Bildender Künstlerinnen und Künstler nehmen die meisten trotz reger Ausstellungstätigkeit weniger als 5.000 Euro pro Jahr durch

den Verkauf ihrer Werke ein. Es ist also überfällig, dass ihnen im Urheberrecht ein Anspruch auf Vergütung zugestanden wird. Diesen dann auszuhandeln, bleibt schwer genug. Um die bestehende Gerechtigkeitslücke endlich zu schließen, habe ich im Mai einen Antrag in den Bundestag eingebracht. **Für uns LINKE ist Kultur mehr als eine Ware, künstlerisches Schaffen mehr als eine Dienstleistung und staatliche Kulturförderung kein auszuräumendes Handelshemmnis.** Daher habe auch ich mich von Anfang an gegen TTIP und für die Einhaltung der UNESCO-Konvention für kulturelle Vielfalt engagiert. Kultur bildet in ihrer ganzen Vielfalt das Fundament unserer Gesellschaft und unserer Identität.

ten. Sie ist Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge und muss daher besonders vor zunehmender Ökonomisierung geschützt werden. Errungenschaften wie die Künstlersozialkasse, die Buchpreisbindung oder den ermäßigten Mehrwertsteuersatz für Kulturgüter habe ich immer verteidigt. Die meisten Künstlerinnen und Kulturschaffenden leben ohnehin schon in prekären Verhältnissen. Ein zusätzlicher Liberalisierungsdruck würde ihre Lage noch verschärfen.

Sigrid Hupach, MdB, kulturpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE im Bundestag und Direktkandidatin im Wahlkreis 190 (Eisenach – Wartburgkreis – Unstrut-Hainich-Kreis)



Sigrid Hupach (l.v.l.) streitet für Kulturschaffende.



Frauen bekommen im Medienbetrieb 24 Prozent weniger Lohn als Männer.

Landesliste für die Bundestagswahl

- Platz 1 **Martina Renner**
- Platz 2 **Ralph Lenkert**
- Platz 3 **Kersten Steinke**
- Platz 4 **Frank Tempel**
- Platz 5 **Sigrid Hupach**
- Platz 6 **Steffen Harzer**
- Platz 7 **Anke Hofmann-Domke**
- Platz 8 **Ralf Kalich**
- Platz 9 **Sandra Peschke**
- Platz 10 **Arif Rüzgar**
- Platz 11 **Bianka Wandersleb**
- Platz 12 **Sebastian Bach**

Kontakt
DIE LINKE, Thüringen
Eugen-Richter-Straße 44
99085 Erfurt
Telefon: 03 61/601 11 30
www.die-linke-thueringen.de

Renten rauf: Mindestens 1.050 Euro

DIE LINKE will die gesetzliche Rente erhöhen und armutsfest machen



Martin Heinlein

Findet die Rentenpolitik der vergangenen 20 Jahre ungerecht: Verkäuferin Ramona Otto.

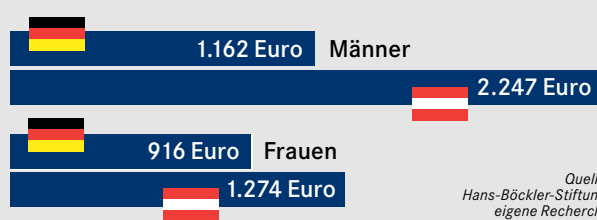
Ramona Otto wird es etwas mulmig, wenn sie an ihre Rente denkt. Die Verkäuferin arbeitet seit 1998 im Einzelhandel. Ihr Mann bekommt eine schmale Erwerbsminderungsrente. Beiden ist klar: Große Sprünge waren bislang nicht möglich, in Zukunft sind sie ausgeschlossen. Miete, Energiekosten, Einkäufe – die kleinen Renten werden schnell aufgefressen. **Statt nach Jahrzehnten harter Arbeit das Leben genießen zu können, müssen sich immer mehr Menschen Sorgen über ihre finanzielle Lage im Alter machen.** Derzeit leben 2,7 Millionen Menschen nach ihrem 65. Geburtstag in Armut oder sind davon bedroht.

Die gesetzliche Rente befindet sich im Sinkflug. Die Bundesregierung schaut zu, wie sich das Problem zuspitzt: ab 2030 droht jedem zweiten Normalverdiener eine Minirente. DIE LINKE will das stoppen. »Eine Rente, die für ein gutes Leben auch im Alter reicht, ist eine Frage des Respekts vor der Lebensleistung der Menschen. Es ist unwürdig, wenn Rentnerinnen und Rentner Pfandflaschen sammeln müssen«, sagt Bernd Riexinger, Parteivorsitzender der LINKEN. »Als einzige Partei wollen wir das Rentenniveau wieder auf 53 Prozent erhöhen. Da wo es vor den Rentenkürzungen der letzten Jahre – zur Zeit Helmut Kohls – einmal war.« Den Menschen in

Ostdeutschland wird zu jeder Wahl die Rentenangleichung versprochen – und dieses Versprechen haben CDU und SPD nach jeder Wahl wieder gebrochen. DIE LINKE steht für die sofortige Angleichung an das Westniveau. Ohne die junge Generation, die künftigen Rentnerinnen und Rentner, zu benachteiligen. Das Konzept der LINKEN für eine Rente, die den Lebensstandard sichert, ist eine Erwerbstätigenversicherung. In die zahlen alle ein – nicht nur Arbeiter und Angestellte, sondern auch Beamte, Politikerinnen und Politiker. **DIE LINKE will, dass die Beiträge für die Rente wieder zur Hälfte von den Unternehmen gezahlt werden.** So sind gute Renten für alle finanzierbar – für den Durchschnittsrentner bringt das rund 120 Euro mehr im Monat. Den Riester-Schwindel, der nur die Konten der Versicherungskonzerne auffüllt, muss aufhören. Die Ansprüche müssen in die gesetzliche Rente überführt werden. Für Ramona Otto und andere Beschäftigte mit niedrigem

Einkommen würde das alleine noch nicht reichen. Deshalb will DIE LINKE kleine Einkommen in der Rentenversicherung aufwerten. »Für eine Verkäuferin wie Ramona Otto wären das 270 Euro mehr Rente im Monat«, erklärt Bernd Riexinger. »Abschläge bei der Erwerbsminderungsrente wollen wir streichen.« Mit diesen Rentenreformen können Ramona Otto und ihr Mann entspannter in die Zukunft blicken. Vielen Frauen und allen, die auf lange Phasen mit niedrigen Löhnen, Krankheit oder Erwerbslosigkeit zurückblicken müssen, droht mit dem jetzigen System eine Rente unterhalb der Grundsicherung. Deswegen will DIE LINKE eine solidarische Mindestrente einführen – sie schützt alle Menschen, die sonst eine Rente von unter 1.050 Euro bekommen. Die Mindestrente soll als Zuschlag – oder im Einzelfall als Vollbetrag – von der Rentenversicherung gezahlt werden. Niemand soll im Alter von weniger als 1.050 Euro leben müssen. Das ist eine Frage der Achtung der Menschenwürde.

Was in Österreich geht, ist auch hierzulande möglich
Das bekamen Neurentnerinnen und Neurentner 2015 im Schnitt im Monat ausgezahlt (inklusive Witwenrente)



Von der Arbeit gut leben können

Sichere und gut bezahlte Jobs müssen in Deutschland wieder die Regel sein

Die Profite der Unternehmen sind explodiert. Aber 40 Prozent der Beschäftigten bekommen heute nicht mehr Lohn als vor 20 Jahren. **Viele Beschäftigte arbeiten bis zur Erschöpfung und kommen trotzdem kaum über die Runden.** DIE LINKE will das ändern. Von Arbeit muss man leben können. Der Lohn muss reichen, um eine

Rente anzusparen, die den Lebensstandard im Alter sichert. Unbefristete Arbeit, die sozial und mit Tarifvertrag abgesichert ist – das muss die Regel sein, nicht die Ausnahme. Selbst die Bundesregierung hat auf Anfrage der LINKEN ausrechnen müssen: Mit unter 12 Euro Stundenlohn droht selbst denen Altersarmut, die ohne Un-

terbrechung gearbeitet haben. Deshalb will DIE LINKE einen flächendeckenden Mindestlohn von 12 Euro ohne Ausnahmen durchsetzen. Die Löhne und Gehälter müssen insgesamt steigen. Die Agenda-2010-Gesetze haben unsichere Arbeitsverhältnisse wie Leiharbeit, Werkverträge, befristete und Minijobs erst möglich gemacht. DIE LINKE will als einzi-

gen können. **Frauen wie Männer müssen das Recht auf Arbeitszeiten haben, die mit dem Leben mit Familie und Kindern, Weiterbildung und Freizeit vereinbar sind.** Teilzeitarbeit muss zum Leben reichen, unfreiwillige Teilzeit muss abgeschafft werden. »In fast allen schlecht bezahlten Berufen arbeiten mehrheitlich Frauen. Das ist Diskriminierung in Reine-

form«, sagt Bernd Riexinger, Parteivorsitzender der LINKEN. Für gleichwertige Arbeit müssen Frauen wie Männer gleichen Lohn bekommen.

»Die wertvolle Arbeit in sozialen Berufen muss besser bezahlt werden.«
Bernd Riexinger,
Vorsitzender der LINKEN

»Die wertvolle Arbeit in sozialen Berufen muss endlich anerkannt und besser bezahlt werden«, sagt er. »Dafür wollen wir sorgen – mit Investitionen in Bildung, Gesundheitsversorgung und Pflege. Das ist gerecht und nützt am Ende allen.«



Christian Mang

LINKEN-Kampagne gegen befristete Arbeitsverhältnisse



Stress: Arbeit auf Abruf

In Deutschland arbeiten mindestens 1,5 Millionen Menschen auf Abruf. Betroffen sind vor allem Beschäftigte im Einzelhandel, in der Gastronomie, im Gesundheitswesen und in der Verkehrsbranche. Firmen geben ihnen Arbeitsverträge mit sehr wenigen Stunden und ohne feste Arbeitszeiten. Mal arbeiten die Beschäftigten 40 Stunden im Monat, mal 160. Wenn der Betrieb es wünscht – auch sehr kurzfristig – müssen sie erscheinen. Die Beschäftigten können weder Einkommen noch Arbeitszeit planen und keinen weiteren Job annehmen. DIE LINKE fordert einen Rechtsanspruch auf eine Mindeststundenzahl von 22 Wochenstunden, die bezahlt werden.

Obergrenze für Managergehälter

In Portland (USA) wird für Unternehmen eine Strafsteuer erhoben, bei denen die Löhne der Beschäftigten und der Manager zu weit auseinanderklaffen. DIE LINKE setzt sich dafür ein, die Einführung solcher Maßnahmen auch für deutsche Firmen zu prüfen. Im Programm zur Bundestagswahl fordert DIE LINKE eine Obergrenze für Managergehälter. Danach sollen die Einkünfte von Vorständen und anderen Führungskräften nicht mehr als das Zwanzigfache des niedrigsten Gehalts im Betrieb betragen. Jahresgehälter über einer halben Million Euro sollen nicht mehr steuerlich abzugsfähig sein. »Wir fordern verbindliche Regeln für alle öffentlichen Unternehmen«, heißt es im Programm. Obergrenzen für Gehälter in Unternehmen sollen dazu beitragen, die Einkommen in der Gesellschaft gerechter zu verteilen.

DIE LINKE will

- den gesetzlichen Mindestlohn auf 12 Euro anheben, ohne Ausnahme
- Leiharbeit, Werkverträge und Minijobs in sichere Arbeitsplätze überführen
- Recht auf mindestens 22 Wochenstunden und Rückkehrrecht in Vollzeit statt unfreiwilliger Teilzeit
- Tarifverträge ausweiten und Allgemeinverbindlichkeit erleichtern.



Gegen Rassismus und rechte Gewalt

Die Zahl extrem rechter Straftaten ist im Jahr 2016 erneut angestiegen. Im Schnitt wurden bundesweit mehr als 60 Taten pro Tag registriert, ein Anstieg um 14 Prozent im Vergleich zum Vorjahr. Die Dunkelziffer ist erheblich höher. Allein 3774 Fälle rassistisch motivierter Gewalt gegen Asylsuchende wurden dokumentiert. DIE LINKE kämpft gegen Rassismus und rechte Gewalt und für eine offene Gesellschaft. Die Fraktion DIE LINKE im Bundestag hat jede Verschärfung des Asylrechts abgelehnt. Menschen, die in ihren Ländern staatlicher oder nichtstaatlicher Verfolgung ausgesetzt sind, müssen politisches Asyl erhalten. Die Große Koalition aus SPD und Union hat zum Ende der Legislaturperiode das Asylrecht nochmals drastisch verschärft.



Thüringens Ministerpräsident Bodo Ramelow

Regenbogenfahne über Staatskanzlei

Zeichen der Solidarität an einem historischen Tag, an dem die vollständige Gleichstellung von Lesben und Schwulen erreicht wurde: Mit dem Hissen der Regenbogenfahne würdigte der Thüringer Ministerpräsident Bodo Ramelow (DIE LINKE) die Einführung der Ehe für alle durch den Bundestag. Mit der Gesetzesänderung kehre endlich »staatliche Normalität« in die Gesellschaft ein, betonte er. Der Regierungschef lobte den parteiübergreifenden Beschluss und hofft, dass solche Entscheidungen auch in anderen menschenrechtlichen Fragen möglich sind, so in Fragen des humanitären Bleiberechts für Flüchtlinge.

Keine Angst vorm Absturz

DIE LINKE plant ein festes Netz von sozialen Sicherheiten ein



Zu viele Eltern können sich nicht einmal den Sportverein für ihre Kinder leisten.

Armut ist nicht naturgegeben. »Meine Vision ist eine Welt ohne Armut«, sagt Katja Kipping, Vorsitzende der Partei DIE LINKE und sozialpolitische Sprecherin der Linksfraktion im Bundestag. »Und ich glaube daran, dass diese Welt möglich ist. Bereits jetzt gibt es einen immensen Reichtum.« **Die 62 reichsten Menschen besitzen so viel wie die halbe Welt.** Auch in Deutschland gehört den oberen 10 Prozent über die Hälfte des Vermögens. Im Gegensatz dazu verfügt die Hälfte der Menschen in diesem Land nur über 2,5 Prozent des Besitzes. Man muss kein Genie in Mathe sein, um zu erkennen, dass dieser Zustand zutiefst ungerecht ist. Diese Ungerechtigkeiten sind das Ergebnis einer Politik, die die Profite der wenigen über das Leben der vielen stellt. Dass es nicht so weitergehen kann wie bisher, das zeigt die Bilanz der

Regierung Merkel. Seit 2005 führt Angela Merkel die Regierung. Seitdem ist Reichtum immer ungleicher verteilt, und auch die Armutszahlen sind kontinuierlich gestiegen. Die Zahl der Menschen, die dauerhaft in Armut leben, hat sich in den vergangenen 20 Jahren verdoppelt. Heute gilt hierzulande jedes fünfte Kind als arm. »Das bedeutet für viele: kein Urlaub, kein Sportverein, manchmal nicht mal genügend zu essen. Das alles in einem reichen Land wie Deutschland«, so Katja Kipping. Diese Entwicklungen sind auch eine Folge der Agenda 2010. Unter Rot-Grün beschlossen, hat sie Millionen Menschen in die

Abhängigkeit des Hartz-IV-Systems gedrängt. Katja Kipping: »Wer meint, Hartz IV sei allein ein Problem der Abgehängten, der irrt. Denn wer Angst hat, der oder die akzeptiert die nächste Lohnkürzung. Wer Angst hat, der oder die ist vielleicht weniger bereit zu teilen.« Katja Kipping weiß: Diese Entwicklung wirkt sich auf alle aus. Deswegen fällt der lange Schatten von Hartz IV auf die ganze Gesellschaft, sagt sie. **Unter der Regierung Merkel hat sich das Leben für viele verschlechtert.** Sie hat dieses Land zu einem Land der Milliardäre und der Millionen in Armut gemacht. »Aber wir, wir wollen das ändern. Und keine andere

»Wer meint, Hartz IV sei allein ein Problem der Abgehängten, der irrt.«
*Katja Kipping,
Vorsitzende der LINKEN*

Partei hat hier so konkrete und so seriös durchgerechnete Vorschläge wie wir«, erklärt Kipping. DIE LINKE fordert, dass garantiert niemand in Deutschland in Armut fallen darf. Keiner soll im Bedarfsfall weniger als 1.050 Euro haben. Dafür stehen die solidarische Mindestrente und die sanktionsfreie Mindestsicherung. **DIE LINKE will das Kindergeld umgehend auf 328 Euro erhöhen. Dann soll es in eine Kindergrundsicherung von 573 Euro überführt werden.** Für DIE LINKE ist klar: wer Armut entgegenzutreten will, muss auch das Öffentliche stärken. So steht DIE LINKE für günstigere Fahrpreise, flächendeckend Sozialtickets für einkommensschwache Haushalte sowie kostenlose Schüler- und Azubitickets. DIE LINKE fordert gebührenfreie Bildung von der Kita bis zur Hochschule und ein kostenfreies warmes Essen in Kita und Schule. Finanzieren lässt sich das, wenn die zur Kasse gebeten werden, die den Reichtum für sich allein beanspruchen, der im Grunde allen gehört. Katja Kipping: »So sieht Gerechtigkeit aus. DIE LINKE kämpft dafür, dass dieses Land gerechter wird. Helfen Sie – hilf du – dabei, dass sich das rumspricht. Denn: Je stärker DIE LINKE, desto sozialer das Land.«

DIE LINKE will

- eine Mindestsicherung ohne Sanktionen von 1.050 Euro statt Hartz IV
- Kindergeld sofort auf 328 Euro erhöhen und in eine Kindergrundsicherung von 573 Euro überführen
- kostenfreies Essen in Schule und Kita, freie Fahrt für Kinder in Bus und Bahn.

Eine sozial gerechte Energiewende

Klimaschutz ist eine Frage der Gerechtigkeit – weltweit

Die Klimakrise ist eine der zentralen Gerechtigkeitskrisen der heutigen Zeit. Es geht schon längst nicht mehr nur um Eisbären. Von den 17 Jahren dieses Jahrtausends zählen 16 zu den heißesten seit Beginn der Wetteraufzeichnung. Studien der UN belegen, dass bis zum Jahr 2050 geschätzte 200 Millionen Menschen auf der Welt vor den Folgen von Stürmen, Dürren oder Überschwemmungen flüchten werden. Daher ist der Ausstieg des US-Präsidenten Donald Trump aus dem Klimaschutz nicht nur eine Kriegserklärung an die Erde, sondern in der Konsequenz auch an die Lebensweise besonders der armen Menschen auf unserer Welt. Deutschland ist kein Klimaschutzweltmeister, sondern Weltmeister in Klimaheuchelei. Bundeskanzlerin Angela Merkel verfehlt die eigenen Klimaschutzziele deutlich. Sie torpediert alle Versuche, die deutsche Autoindustrie in der EU für ihre betrügerischen Abgasmanipulationen zu sanktionieren. Sie gibt

den Braunkohleleimern eine jahrzehntelange Verschmutzungsgarantie. Dabei sind es fossile Brennstoffe wie die Braunkohle, die den Klimawandel massiv vorantreiben. DIE LINKE will eine soziale Energiewende: **Statt großer Energiekonzerne wollen wir bürgernahe Energie in der öffentlichen Hand.** Wir werden die Strompreise stärker kontrollieren und für alle bezahlbar machen: mit Sozialtarifen für den Sockelverbrauch und höheren Preisen für Vielverbraucher. »Deswegen fragen wir von der LINKEN: Warum gibt es hierzulande noch kein ökologisch nachhaltiges Kohleausstiegsgesetz inklusive eines Strukturwandel-fonds zur sozialen Absicherung der im Braunkohletagebau Beschäftigten?«, so Katja Kipping, Vorsitzende der LINKEN. Neben Krieg und Verfolgung ist der Klimawandel eine der stärksten Fluchtursachen, vor allem in Teilen des afrikanischen Kontinents. Auch dieses Jahr wird die Anzahl ertrunkener Bootsflücht-

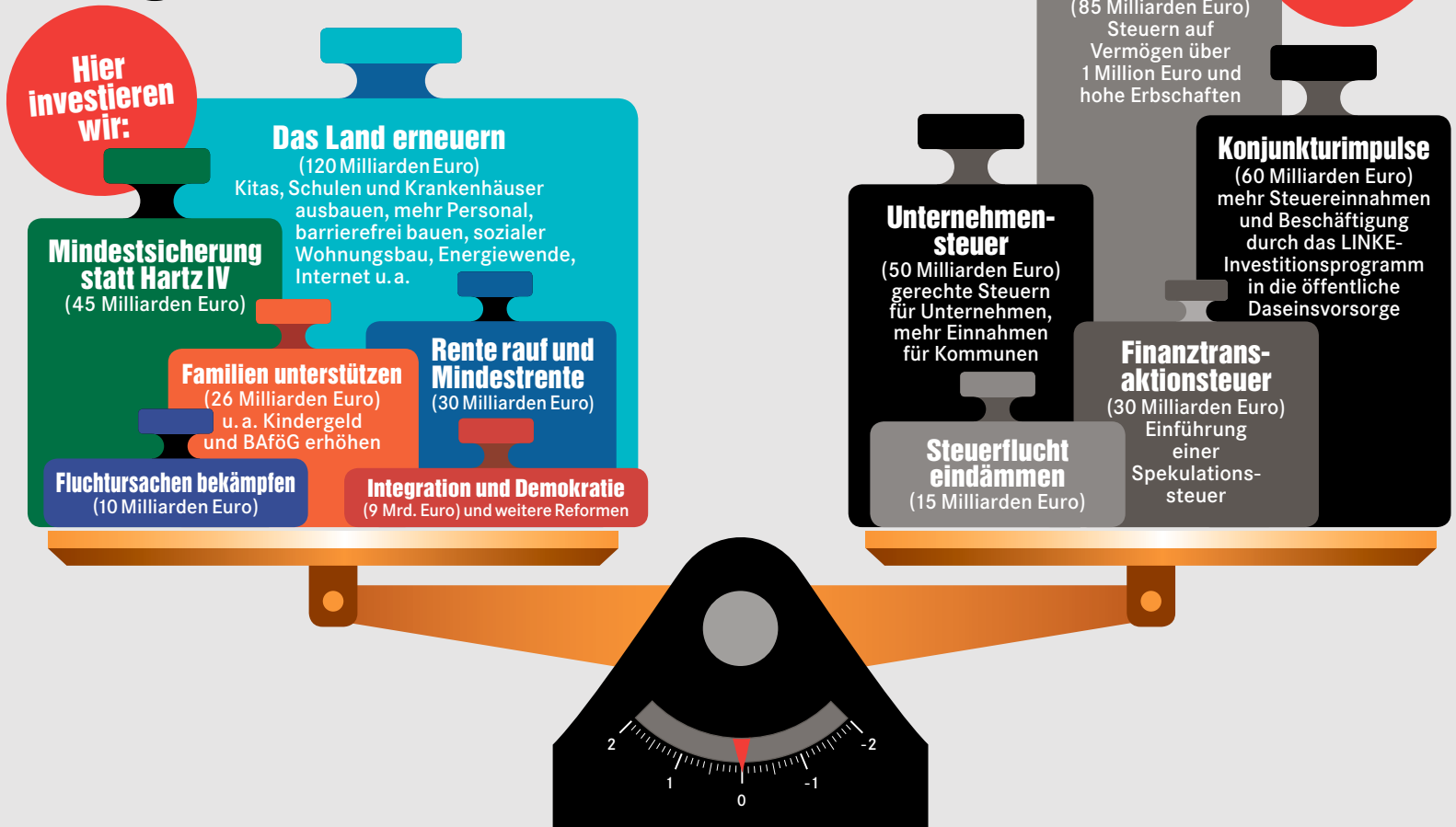
linge auf dem Mittelmeer dramatisch steigen. »Es gibt keinen wirksamen Klimaschutz ohne ein Mindestmaß an globaler Gerechtigkeit«, sagt Katja Kipping. »Nicht nur die Kriege in der Welt müssen enden. Wir brauchen faire globale Handelsbeziehungen.« Der Klimawandel macht an

keiner Grenze halt. Deswegen kann er auch nicht Land für Land eingedämmt werden. **Es gibt keinen Plan B für den Klimaschutz, weil es keinen Planeten B gibt.** Klimaschutz braucht ein wirkliches Umsteuern. Die Große Koalition ist dazu weder willens noch in der Lage.



Dürren und andere Naturkatastrophen sind häufige Fluchtursachen.

So finanzieren wir die gerechte Gesellschaft



Gerecht und gut für den Geldbeutel

Weniger Steuern auf kleine und mittlere Einkommen – mehr Steuern für die großen Fische

Die junge Ingenieurin, der selbstständige Web-Entwickler, die angestellte Lehrerin, der erfahrene Facharbeiter – sie alle verbindet, dass am Ende des Monats zu wenig Geld vom Einkommen übrig bleibt. Ein Grund: Sie werden durch die Einkommensteuer zu stark belastet. Die Mehrheit der Beschäftigten trägt den Großteil der Steuerlast. Gleichzeitig rechnen sich Superreiche und Konzerne bei den Steuern arm und nutzen jedes Schlupfloch mithilfe versierter Berater aus. Ihre Ein-

nahmen aus Kapitalanlagen werden zu einem niedrigen Satz von 25 Prozent versteuert (Abgeltungssteuer) und unterliegen nicht den ansteigenden Sätzen aus der Einkommensteuer.

DIE LINKE hat ein Steuerkonzept entwickelt, von dem die übergroße Mehrheit der Beschäftigten profitiert. Die Faustformel: **Wer weniger als 7.100 Euro brutto im Monat verdient, wird entlastet.** Das gilt für Alleinstehende. Mit Kindern oder Unterhaltspflichten für andere ist die Entlastung höher. Für einen Angestellten mit einem monatlichen Bruttolohn von 1.700 Euro bedeutet das eine monatliche Entlastung von 127 Euro – auf das Jahr gerechnet entspricht das fast einem Monatslohn. Auch wer als Facharbeiterin ein gutes Einkommen bezieht, aber durch Kosten fürs Wohnen oder die Beiträge für den Kindergarten stark belastet ist, dem hilft unser Steuerkonzept. Bei 4.500 Euro Monateinkommen bleiben rund 210 Euro mehr im eigenen Portemonnaie. Jeden Monat. Bei Beschäftigten im Niedriglohnsektor reicht der Lohn kaum zum Leben. Es ist eine Frage der Menschenwürde, nicht noch das geringe Einkommen wegzubesteuern. Deshalb setzen wir den Steuerfreibetrag auf 12.600 Euro im Jahr hoch.

Die großen Entlastungen für die Menschen, die jeden Tag arbeiten gehen, sind möglich, weil DIE LINKE diejenigen stärker belastet, die reich und superreich sind und bislang vom Finanzamt bevorteilt wurden. Der

Spitzensteuersatz ist nach 1999 gesenkt worden – von damals 53 auf heute 42 Prozent.

DIE LINKE will das rückgängig machen. Und Einkünfte aus Aktienbesitz genauso besteuern wie Einkommen aus Arbeit. Eigentum verpflichtet. Das Grund-

gesetz sieht eine Vermögenssteuer vor. 1995 hat das Bundesverfassungsgericht die damalige Form der Vermögenssteuer ausgesetzt. Der Grund war, dass Immobilienvermögen zu niedrig bewertet wurde. Der Auftrag lautete, diesen Fehler zu korrigieren. Das hat bislang jede Bundesregierung versäumt. Ohne Vermögenssteuer fehlen den Ländern die Mittel

für die notwendigen Investitionen in Schulen, für Kitausbau, Krankenhäuser und bezahlbare Wohnungen. Der Druck zu mehr Privatisierungen steigt. Das macht sich im Alltag von vielen Menschen bemerkbar, alles

wird teuer und funktioniert schlechter. DIE LINKE führt die Vermögenssteuer wieder ein: auf Vermögen oberhalb von 1 Million. Auch hohe Erbschaften sollen gerecht besteuert werden – ohne dass normales, selbstgenutztes Wohneigentum betroffen ist.

Gerechtigkeit ist auch eine Frage von Zahlen und von Steuern. **DIE LINKE schafft ein Steuersystem, das gerecht für alle ist:** das Entlastungen schafft für Menschen mit geringem und mittlerem Einkommen, aber Reiche und Vermögende, Unternehmen und Konzerne wieder angemessen zur Kasse bittet. Ein Steuersystem der sozialen Gerechtigkeit!



Was bedeuten die Tarife der LINKEN für Ihre Einkommensteuer und die Sozialabgaben?

- Bis 1.400 Euro im Monat brutto (Single): **keine Steuer**
- 2.000 Euro im Monat brutto (Single): **1.733 Euro weniger Steuern im Jahr**
- 4.000 Euro im Monat brutto (Single): **2.265 Euro weniger Steuern im Jahr**
- 6.000 Euro im Monat brutto (Single): **1.567 Euro weniger Steuern im Jahr**
- Familie, zwei Kinder, 42.000 Euro brutto im Jahr: **5.039 Euro weniger Steuern und Sozialabgaben im Jahr, mit Kindergeld**



Egreif Partei für eine bessere Zukunft!
Ja, ich möchte aktiv werden.

Vorname

Name

E-Mail

Straße, Hausnummer

PLZ, Ort

Telefon

Ich bin bereits Mitglied der Partei DIE LINKE.

Ich möchte Mitglied der Partei DIE LINKE werden.

Datum

Unterschrift

Die Angaben werden von der Partei DIE LINKE in ihrer Bundesgeschäftsstelle und ihren Gliederungen entsprechend den Bestimmungen des Bundesdatenschutzgesetzes (BDSG) gespeichert, verarbeitet, übermittelt, aufbewahrt und nur zum Zweck der Wahlwerbung für diese und weitere Wahlen bis zum Widerruf dieser Einwilligung verwendet.

Einsenden/Kontakt:
DIE LINKE »Linksaktiv-Team«
Kleine Alexanderstraße 28
10178 Berlin
linksaktiv@die-linke.de
Telefon: 030/24009-111
www.linksaktiv.de